



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/212 - 14.9.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 030 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zerstoßene Illusionen	S. 1
Finnischer Staatsbesuch in Moskau	S. 3
Die wirtschaftspolitische Initiative der SPD	S. 5
Nochmals: Zur Mannheimer Oberbürgermeisterwahl	S. 7

Heimkehr aus Moskau

Von Fritz Erler M.d.B.

Niemand in Deutschland wird nicht aus vollem Herzen begrüßen, dass nun endlich in absehbarer Zeit die noch in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen heimkehren sollen. Aber jeder spürt auch die Sorge, auf welchem Weg die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durch die Moskauer Entscheidungen gerät. Der Briefwechsel zwischen den beiden Regierungschefs greift zu diesem Thema fast wörtlich die Formel auf, die in der Einladungsnote der Sowjetregierung an die Bundesregierung enthalten war, dass nämlich die Herstellung normaler Beziehungen zur Lösung des gesamtnationalen Hauptproblems des deutschen Volkes, der Wiederherstellung der Einheit eines deutschen demokratischen Staates, verhelfen wird. Nach dem Verlauf der Moskauer Besprechungen versteht die Sowjetunion jetzt darunter den Einbau des kommunistischen Satellitenregimes der DDR in das Werden eines gesamtdeutschen Staates. Wiedervereinigung in Freiheit heißt doch aber gerade die Erlösung der Bevölkerung der Sowjetzone von einer ihr aufgezwungenen Herrschaft durch freie Wahlen, in denen sie selbst ihr politisches und soziales Schicksal zusammen mit den anderen Deutschen gestaltet.

In Moskau hat es nicht die geringste Andeutung gegeben, dass selbst auf dem Wege über die Hinzuziehung der DDR die Pariser Verträge kein Hindernis für die Wiedervereinigung mehr wären. Ganz im Gegenteil. Chruschtschow hat klar ausgesprochen, dass die Sowjets Dummköpfe sein müssten, wenn sie dazu beitrügen, dass sich ausser der Bundesrepublik auch noch die DDR dem Atlantikpakt anschliesst. Und er hat dann weiter gesagt:

"Die Frage der Annullierung der Pariser Verträge zu stellen, ist zu spät. Sie bestehen, und niemand wird darauf eingehen. Die Frage des Austritts der deutschen Bundesrepublik aus dem Atlantikpakt zu stellen, ist ebenfalls unreal. Das könnte als ein Ultimatum unsererseits aufgefasst werden. Wir stellen diese Frage nicht."

In dem Worte "wir stellen diese Frage nicht" lag doch aber nahezu die Aufforderung an die andere Seite, die Frage zu stellen,

ob nicht ein ausserhalb des Atlantikpaktes stehendes wiedervereinigtes Deutschland in einer nahen Zukunft zustande kommen könne. Den bisherigen Berichten nach ist auch in Moskau diese Schicksalsfrage der deutschen Einheit in Freiheit nicht gestellt worden.

Wenn der Weg zur deutschen Einheit nicht für die Zukunft mit der schweren kommunistischen Hypothek der Aufrechterhaltung des Regimes der Zone belastet werden soll, dann muss die kommende Genfer Konferenz unter den vier Mächten das nachholen, was bisher versäumt wurde. Aufgabe der deutschen Politik muss es sein, in loyaler Zusammenarbeit mit den Westmächten auch für die Sowjetunion annehmbare Vorschläge für einen Status Gesamtdeutschlands zu erarbeiten, die das jetzt geschaffene Hindernis der Pariser Verträge überwinden und die Einheit in Freiheit bringen können. Wenn die Sowjets die entscheidende Frage nicht mehr aufwerfen, weil sie sich nach den harten Erklärungen des Westens mit den Pariser Verträgen eben abgefunden haben und es so lange bei der Spaltung Deutschland bewenden lassen, dann müssen die schliesslich doch gerade auch durch die Verträge auf die Wiedervereinigung Deutschlands festgelegten Westmächte die erforderlichen Fragen stellen.

Jedenfalls sind einige bisher von der Bundesregierung und ihren Parteien genährte Illusionen in Moskau zerstoßen. Die Pariser Verträge haben sich nicht etwa als ein Weg zur deutschen Einheit erwiesen, sondern als Hindernis, wie es die sozialdemokratische Opposition während erklärte. Die angebliche Festigkeit und Stärke des Westens, von der man sich so viel versprach, hat die sowjetische Verhandlungsposition nicht weicher, sondern härter gemacht.

Am verhängnisvollsten war die Illusion, dass man die Westmächte dazu bringen könne, die angeblich nur von der Sowjetunion benötigte Atempause im Wettrüsten zu verweigern, wenn sie nicht in die Wiedervereinigung Deutschlands - auch im Rahmen des Atlantikpaktes - einwillige. Die deutsche Einheit, in dieser Weise zwischen die Mühlsteine der Entspannungstendenzen in Ost und West gebracht, drohte vollends zerrieben zu werden. Wenn West und Ost die weltpolitische Entspannung wünschen, kann Deutschland sie daran nicht hindern. Sicher haben die Westmächte die Erklärung abgegeben, dass sie ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem mit der Sowjetunion nur auf der Grundlage eines wiedervereinigten Deutschland schaffen würden. Seitdem aber die Abrüstungsgespräche erhebliche Fortschritte machen und von den Vereinigten Staaten über England bis zur Sowjetunion die Truppenstärken auch ohne formelle Abreden bereits vermindert worden, ist die Atempause bereits da, auch ohne europäisches Sicherheitssystem. Der Gedanke der Verweigerung der Atempause im Interesse der deutschen Einheit hat sich als eine masslose Überschätzung der deutschen Kraft in der Weltpolitik erwiesen.

Man wird die persönlichen Berichte der Moskauer Delegation abwarten müssen, um die gesamte Tragweite des Geschehens beurteilen zu können. Dennoch kann man heute schon sagen, dass die Sorgen um die Erlösung der Zone eher grösser denn kleiner geworden sind.

14.9.1955

Kremlbesuch und Neuwahl des finnischen Staatspräsidenten

R.H. Helsinki

Die politische Diskussion in Finnland hat gegenwärtig zwei Brennpunkte: den bevorstehenden Besuch des Staatspräsidenten Paasikivi in Moskau und die Vorbereitungen zur nächstjährigen Präsidentenwahl.

Paasikivis Reise erfolgt auf Grund einer Einladung, die Woroschilow namens der Sowjetregierung nach Helsinki sandte, und soll einer weiteren Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern dienen. Da auch der norwegische Ministerpräsident Gerhardsen nach Moskau eingeladen ist und Gerüchte über eine bevorstehende Einladung des schwedischen Ministerpräsidenten Erlander umlaufen, dürfte der finnische Besuch ein Glied in einer neuen diplomatischen Taktik des Kremls sein.

Noch im Jahre 1948 drohte Finnland, als sein Ministerpräsident der "Volksdemokrat" Mauno Pekkala war, die Bolschewisierung; heute weichen beide Länder eventuellen Konfliktmöglichkeiten aus. Die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion und den Ostblockstaaten sind reger denn je und im Zusammenhange mit der bevorstehenden Reise wird offen die Möglichkeit erwogen, dass die Sowjettruppen sich aus dem Gebiete von Porkkala zurückziehen sollten, in dem sie - in Schussnähe der finnischen Hauptstadt - eine Schlüsselstellung zur Abriegelung des finnischen Meerbusens und zur ständigen Bedrohung der finnischen Freiheit innehaben. Paasikivi ist in Moskau gut angeschrieben. Der ihn begleitende gegenwärtige Ministerpräsident Dr. Urho Kekkonen rühmte sich selbst, dass er für die Russen der meist akzeptable finnische Staatsmann sei. Der finnischen Delegation wird allerdings auch der sozialdemokratische Verteidigungsminister Skog angehören, offensichtlich als zweckmässiges Gegengewicht zum Regierungschef.

Der 85 Jahre alte Staatspräsident Juho Kusti Paasikivi dürfte wegen seines hohen Alters für eine Wiederwahl kaum in Frage kommen. Jede der sechs Parteien des finnischen Reichstages hat einen eigenen Kandidaten nominiert. Die Wahlaussichten sind vollkommen ungewiss, denn die Wahl des Präsidenten ist indirekt und die 300 Wahlmänner,

welche am 15. und 16. Januar 1956 vom Volke gewählt werden, sind weder an die nominierten Kandidaten, noch an eine Parteidirektive gebunden, wenn sie einen Monat später in einem bis drei Wahlgängen den Präsidenten wählen.

Als stärkste Kandidaten gelten allgemein der gegenwärtige Reichstagspräsident, der Sozialdemokrat K.A. Fagerholm, und der agrarische Ministerpräsident Dr. Kekkonen. Es ist aber wegen der Rivalität der beiden grössten Parteien durchaus möglich, dass schliesslich ein Aussenseiter gewählt wird. Dies ist vielleicht eine Chance für die Kandidaten der bürgerlichen Parteien, für Ralf Törnngren von der schwedischen Volkspartei (liberal), Sakari Tuomioja von den finnischen Konservativen und Eero Rydman von der finnischen Volkspartei (liberal). Törnngren und Tuomioja - früher Reichsbank-Präsident, jetzt Botschafter in London - haben bereits als Regierungschefs eine solche Zwischenstellung eingenommen. Die Kandidatur des "Volksdemokraten" Eino Kilpi ist aussichtslos.

Da Fagerholm bei der Abwehr des Bolschewisierungsversuchs 1948 eine führende Rolle spielte, ist er ständigen Angriffen der Kommunisten ausgesetzt und es unterliegt keinem Zweifel, dass Dr. Kekkonen dem Kreml als finnisches Staatsoberhaupt lieber wäre. Fagerholm ist aber wegen seines Einsatzes als Sozialminister (in Tanners Kabinett 1936) und wegen seiner Konzilianz als Ministerpräsident (1948-51) zum Unterschiede von Dr. Kekkonen weit über den Kreis seiner Parteianhänger hinaus sehr angesehen und könnte, da er der schwedischen Volksgruppe in Finnland angehört, in entscheidender Abstimmung wohl auch mit den Stimmen der schwedischen Volkspartei rechnen.

Da Finnlands wirtschaftliche Lage von einer seit langen anhaltenden Exportkonjunktur sehr erleichtert wird, ist gegenwärtig die allgemeine politische Atmosphäre verhältnismässig ruhig. Bis zur Wahl wird sich aber natürlich die alljährliche Winterarbeitslosigkeit bemerkbar machen.

Das Gebot der Stunde: Den Verbraucher schützen

-x. Die bedenklichen konjunkturellen Erscheinungen, die die Bank Deutscher Länder bereits zum Abstoppen der Kreditausweitung bewogen, veranlassen nun endlich auch Regierung und Bundestag, sich konkrete Massnahmen zu ihrer Beseitigung zu überlegen. Die leeren Versprechen des Bundeswirtschaftsministers, der Unternehmer und Handel lediglich zu Preissenkungen "überreden" wollte, reichen nicht mehr aus. Selbst der Bundesfinanzminister hält gewisse Steuerkorrekturen für nötig und möglich, allerdings unter der Bedingung, dass diese auch an die Verbraucher weitergereicht werden. Auch die CDU-Fraktion des Bundestages ist schon dabei, "die Lage zu prüfen", Um es jedoch nicht bei leeren Erklärungen zu belassen, hat die SPD-Fraktion des Bundestages ihre seit längerem gepflogenen Erörterungen in die Form konkreter Anträge gekleidet und nun ein ganzes Sukett "konjunkturpolitischer Massnahmen zur Stabilisierung der Preise vorgeschlagen.

Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass die Ursache der bedenklichen Entwicklung vornehmlich in einer falscher Einkommensverteilung zu suchen ist. Diese hat neben einer hohen Liquidität der Unternehmen und auch der Staatskasse zu erheblichen Missverhältnissen zwischen der Erzeugung von Investitions- und Gebrauchsgütern geführt. Die Auflockerung dieses Missverhältnisses durch eine bessere Verteilung birgt nach der Meinung der SPD keine inflationären Gefahren, da nachweisbar das Ansteigen der unteren Einkommen zu einem höheren Verbrauch gerade solcher Güter führt, deren Erzeugung in der allgemeinen Konjunktur zurückblieb, und deren Erzeugungsmöglichkeiten bisher nicht ausgenutzt sind. Die SPD-Fraktion kann darauf verweisen - wie schon zuvor die Bank Deutscher Länder - dass die Erhöhung der unteren Einkommen in der letzten Zeit sich fördernd z.B. auf die Textil- und Schuhindustrie und die vermehrte Inanspruchnahme von Dienstleistungen ausgewirkt haben.

So werden also weder Lohn erhöhungen noch Steuersenkungen zwecks Steigerung der Verbrauchereinkommen inflationäre Gefahren bergen. Diese drohen allerdings dann, wenn es nicht gelingt, die nicht für den Verbrauch bestimmten Einkommen in ihrer ständigen Entwicklung nach

oben abzubremsen und zu verhindern, dass die Lohnerhöhungen postwendend in erhöhten Preisen weitergereicht werden. Daher sind die Bemühungen der SPD-Fraktion ausschliesslich auf dieses Programm zur Stabilisierung der Preise gerichtet.

Da der Baustoffmarkt - infolge der erwarteten Rüstungsaufträge - schlimmste Auswüchse spekulativer Preispolitik zeigt, beantragt die SPD die völlige Aussetzung aller Einfuhrzölle für Baustoffe. Darüber hinaus sollen alle gewerblichen Zölle eine allgemeine lineare Senkung um 40 % erfahren, und die handelspolitischen Zölle z.B. für Kaffee, Kakao, Tee, ausgesetzt werden. Ausserdem soll der Bundeswirtschaftsminister Vollmacht erhalten, je nach den konjunkturpolitischen Bedürfnissen weitere Zölle ganz oder teilweise aufzuheben oder auszusetzen. Mit solcher Vollmacht dürfte für Erhard die Zeit der leeren Drohungen vorbei sein, das heisst, wenn die Koalitionsparteien sie ihm erteilen.

Die SPD-Fraktion bringt auch erneut ihren Antrag auf Abschaffung der Zuckersteuer und Senkung übriger Verbrauchssteuern ein. Sie fordert die Wiedereinführung des Preistreibeiparagraphen in das Wirtschaftsetraggesetz und eine auf die Senkung der Verbraucherpreise abgestellte Handhabung der Einfuhr- und Vorratspolitik der Bundesregierung. Da die Kassenlage des Bundes ausserordentlich günstig ist, hält die SPD-Fraktion auch die Aufbesserung der Renten ebenso für vertretbar, wie die Erhöhung der Steuerfreigrenze für Lohn- und Gehaltsempfänger.

Mit diesen Anträgen der SPD-Fraktion wird der Bundestag vor die Entscheidung gestellt, die strukturellen Verzerrungen und konjunkturellen Vorirrungen, die sich aus einer einseitigen Politik der Einkommensverteilung und Besteuerung ergeben, endlich zu korrigieren. Hinter den Anträgen der SPD stehen diesmal nicht nur die, wie man sieht, oft genug zu Unrecht diffamierten konjunkturpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokraten, sondern heute bereits die warnenden Zeichen einer bedenklichen Fehlentwicklung.

Mit Propagandamethoden aus der Goebbelszeit

sp. Die christlichen Demokraten sind nicht prüde, wenn es um politische Erfolge geht. Da ist das Gewissen, so man überhaupt eines hat, rasch beruhigt. Der letzte Bundestagswahlkampf mit der Schroth-Scharley-Affäre war eines der Beispiele dafür, mit welcher Dreistigkeit man bereit ist, der politischen Auseinandersetzung sich nach wie vor die Devise zu eigen zu machen: Der Zweck heiligt die Mittel! Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg verfuhr man ähnlich, und auch in Niedersachsen focht es die allerchristlichste Partei nicht an, um des Erfolges willen mit unlaunteren Methoden zu operieren. Man scheint das auch in Zukunft zu tun bereit zu sein. Man kann wohl schon nicht mehr anders. Für diese Vermutung sprechen jedenfalls die Erfahrungen auch des jüngsten Wahlkampfes, der in der Bundesrepublik stattgefunden hat.

Diesmal handelt es sich zwar nur um eine Auseinandersetzung auf der lokalen Ebene, um die Volkswahl zum Oberbürgermeister in einer südwestdeutschen Stadt. Immerhin ist es nicht irgendeine Stadt, von der hier zu berichten ist, und immerhin sind die Persönlichkeiten nicht ganz gleichgültig, die sich gegenüberstanden. Die Stadt, die am letzten Sonntag einen neuen Oberbürgermeister gewählt hat, heisst Mannheim. Der bei einer Wahlbeteiligung von 60 % mit 51,2 % gewählte Kandidat heisst Dr. Hans Reschke, der mit 48,8 % Unterlegene Werner Jacobi. Ersterer war bis dahin Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, früher Landrat der NS-Zeit, SS- und SD-Führer und Mitglied eines Arbeitstabes in Martin Bormanns Parteikanzlei. Jacobi ist Beigeordneter des Deutschen Städtetages und sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter. Er war, als Reschke Hitlers Gnadensonne schien, ein Verfeindeter. Fast acht Jahre sass er in Gestapo- und Konzentrationslagerhaft.

Zu Beginn des Wahlkampfes versuchte der vereinigte Bürgerblock - den "überparteilichen Fachmann" Reschke gegen den "Parteimann" Jacobi ins Feld zu führen. Der mit grösster Intensität geführte Wahlkampf liess jedoch bald Jacobi als den grösseren Fachmann in Erscheinung treten. Also mussten neue Argumente gegen ihn herhalten. Man stempelte ihn zum "Hergelaufenen", den der Bonner Parteivorstand den Mann-

heiner Sozialdemokraten "aufgezwungen" habe. Diese Behauptung war zwar falsch und man wusste dies auch, aber sie war bequem und appellierte an den Lokalstolz. Als auch sie nicht zu verfangen schien, griff man in letzter Stunde zu massiveren Parolen. Man bemächtigte sich der Tatsache, dass die KPD aus Angst vor einer katastrophalen Niederlage auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hatte. Obwohl man wusste, dass zwischen der SPD oder ihrem Kandidaten auf der einen und den Kommunisten auf der anderen Seite weder Absprachen getätigt noch auch nur Verhandlungen geführt worden waren, erschienen in den letzten Tagen vor der Wahl - die Industrie gab ja Geld die Hülle und Fülle - Inserate, Plakate und Klebezettel. Dort war also zu lesen:

Wähler zeige klare Haltung
SPD heisst rückwärts sehn
An der Spitze der Verwaltung
Muss ein freier Bürger stehn.

Jacobi wählt der Kommunist
Und wer ein linker Sozi ist

o d e r :

Wer mit der KPD paktiert
Hat sich bewusst dazu verstiegen
Dass Moskau ihm den Kurs diktiert
Drum muss am Sonntag Reschke siegen.

So und ähnlich lauteten die Parolen. Der der Kommunistenabhängigkeit Verdächtige hatte zwar mit den Kommunisten nichts zu tun und ihnen auch keinerlei Konzessionen im Wahlkampf gemacht. Aber wieder einmal mehr heiligte der Zweck die Mittel. Von der NS-Belastung des eigenen Kandidaten schwieg man. Das Ergebnis war, dass, wie die Stimmzählung besonders in den Elendsvierteln zeigte, Jacobi kaum kommunistische Stimmen erhielt, trotz tiefer Einbrüche in bürgerliche Kreise aber dennoch das Hexäcap des Kommunistenschrecks nicht ausgleichen konnte. Wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit siegte der frühere SS- und SD-Führer Dr. Reschke. Und dies in einer Arbeiterstadt. Und dies im Jahre 1955! Der Verfolger besiegte den Verfolgten, mit Propagandamethoden aus der Goebbelszeit. Und die Federführung hatte die CDU!

+ + +